Datum:	29. Jänner 2013
Medium:	derStandard.at
Thema:	„Sozialbranche Spielball öffentlicher Hand“

"Sozialbranche Spielball öffentlicher Hand"

Pflegeheim-Betreiber lassen harte Kritik an den Arbeitsbedingungen der Sozialbranche nicht gelten

Wien - Johannes Wallner kann die Kritik an den Arbeitsbedingungen in der Sozialbranche nicht nachvollziehen. Die Zufriedenheit der Beschäftigten in Pflegeheimen sei hoch, was auch Studien bestätigten. Wer etwas anderes behaupte, erzähle Schwachsinn. Auch gebe es keinen breiten Personalmangel. Und dass Mitarbeiter in die Teilzeit gedrängt würden, halte er für ein Gerücht der Gewerkschaft.

Wallner, Präsident des Bundesverbands Alten- und Pflegeheime, ortet bei Sozialberufen eine Fluktuation von nur 25 bis 30 Prozent, die aus seiner Sicht nichts mit den Jobs an sich zu tun habe, sondern mit individueller Betriebskultur.

Was die Löhne betreffe - im Sozialbereich wird Berichten des Sozialministeriums zufolge durchschnittlich um 17 Prozent weniger bezahlt als in anderen Branchen - sei das Grundgehalt sehr wohl gut. Einzig bei den Zulagen für Nacht- oder Feiertagsdienste könne man "mehr Anerkennung" zollen.

Rudolf Öhlinger, Chef der Senecura, mit 3500 Mitarbeitern größter österreichischer privater Pflegeheim-Betreiber, sieht seine eigenen Betriebe aufgrund von schlanker Verwaltung frei von finanziellen Problemen. Ansonsten sei in der Branche aber "drastisch Personal eingespart" worden, was zu einer oft "nicht zumutbaren Arbeitslast" für die Belegschaft führe.

Der Sozialmarkt lebt von der öffentlichen Hand: Pflegegeld, Förderungen, Pensionen finanzieren die Leistungen. Alle drei Einkommen stagnieren. Die Tagsätze für die Betriebe sind Ländersache; sie wurden zuletzt um weniger als die Inflationsrate, teilweise auch gar nicht erhöht. Unterschiedliche Verordnungen führen dazu, dass in Wien den Patienten um ein Drittel mehr Pfleger zur Verfügung stehen als im Burgenland und in der Steiermark. Was sachlich nicht zu rechtfertigen sei, meinen Experten.

70 Prozent der Kosten entfallen aufs Personal. Neben Stundensätzen lege die öffentliche Hand auch die Preise fest. "Wir haben keine Fluchtmöglichkeit. Es geht an die Substanz", sagt Walter Marschitz, Chef des Hilfswerks, das sich vor allem in der mobilen Pflege engagiert. In der Praxis heiße das: mehr Arbeit in der gleichen Zeit.

Cocktail an Problemen

Der hohe Anteil an Teilzeit halte die Einkommen der Pflegerinnen niedrig. Über einen Kollektivvertrag sei das aber kaum zu korrigieren, glaubt Marschitz. Letztlich müsse sich die Gesellschaft überlegen, was ihr Pflege wert sei.

Gewerkschafter Reinhard Bödenauer nennt die Branche Spielball der öffentlichen Hand. Es fehle an einheitlichen sauberen Regeln für Arbeitgeber - betriebswirtschaftliches Arbeiten sei nicht möglich. Die Folge sei ein Cocktail an Unzulänglichkeiten. Dass viele Frauen trotz der widrigen Rahmenbedingungen an diesen Jobs festhielten, liege auch daran, dass sie vielfach in Regionen arbeiteten, in denen man froh sein müsse, überhaupt Arbeit zu bekommen. In der Sozialbranche werde sich der Personalbedarf in den kommenden zehn Jahren hingegen verdoppeln.

Marschitz sieht es an diplomierten Pflegern mangeln. Klaus Zenz, der den Kollektivvertrag für die Arbeitnehmer verhandelt, weist auf andere Probleme hin: Die Qualifikation der Mitarbeiter spiegle sich nicht in ihrer Einstufung wider, "viele Akademiker arbeiten als Betreuer. Sie können sich den Magister sonst wo hinhängen."

Dass Zivildiener das Gehaltsniveau massiv drücken, glaubt Erich Fenninger, Volkshilfe-Chef, nicht. Sie würden in der Pflege nur sehr beschränkt eingesetzt. Die Volkshilfe trete nun jedoch offen dafür ein, den Zivildienst auf Dauer des Wehrdiensts zu reduzieren.